

Inhalt

I. Krankheitsbedingte Dienstunfähigkeit und Wohlverhaltenspflicht	1
1. Der Sachverhalt	1
2. Die Entscheidung	2
2a. Kein Verstoß gegen § 61 Abs. 1 Satz 1 BBG	2
2b. Verstoß gegen § 61 Abs. 1 Satz 3 BBG	2
3. Fazit	3
II. Neues auf Rehmnetz	3
III. Beamtenblog	3

Krankheitsbedingte Dienstunfähigkeit und Wohlverhaltenspflicht

von Christian Horvat, Rechtsanwalt
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft

Während sich die drei vorangegangenen Disziplinarrechts-Newsletter mit dem Zusammenhang von Strafrecht und Disziplinarrecht, insbesondere zuletzt dem Steuerstrafrecht, befasst haben, soll es dieses Mal um ein rein disziplinarrechtliches Thema gehen.

Thema ist, was der Beamte darf, während er „krankgeschrieben“ ist.

Das ist eine Problematik, die auch für Arbeitnehmer von Bedeutung ist. Gerade in Zeiten, in denen Phänomene wie Mobbing eine rechtliche Beachtung finden und in denen gerade psychische Krankheiten erheblich Raum greifen, ist die Befassung mit dem vorstehenden Thema von besonderer Aktualität.

So kann man etwa durchaus als arbeitsrechtlicher Vertreter einer Arzthelferin mit guten Erfolgsaussichten eine Kündigungsschutzklage einreichen, wenn die Arbeitnehmerin fristlos gekündigt wurde, weil sie etwa während der Arbeitsunfähigkeit nicht in der Arztpraxis, wohl aber am Wochenende in einem Supermarkt an der Kasse gearbeitet hat. Das gilt gerade dann, wenn die Arbeitsunfähigkeit aufgrund eines von ihr besonders empfundenen Drucks am Arbeitsplatz erfolgt ist. Zum Beamten- und Disziplinarrecht hat das Bundesverwaltungsgericht am 27.06.2013 eine beachtliche in Entscheidung gefällt, die einmal mehr zeigt, welche – besonderen Anforderungen an Beamte gestellt werden.

1. Der Sachverhalt

Im entschiedenen Sachverhalt hatte ein Regierungshauptsekretär (Besoldungsgruppe A8) während seiner Beschäftigung beim Bundesnachrichtendienst immer wieder ärztliche Atteste zum Nachweis seiner krank-

heitsbedingten Dienstunfähigkeit vorgelegt. Zum einen – das konnte letztendlich jedenfalls nicht widerlegt werden – litt er an erheblichen psychischen Störungen (in Rede stand etwa eine chronifizierte Anpassungs-



Produktipp

Ganssen
Disziplinarrecht in Bund und Ländern
Kommentar



3.528 Seiten
Loseblattwerk in 3 Ordnern
€ 159,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-3043-9

[\[Mehr Info\]](#)

Das beliebte Standardwerk – jetzt noch praktischer

Unentbehrlich für die Arbeit im Bund und in den Ländern. Der "Ganssen" informiert zuverlässig über die neue Rechtslage. Neben der Kommentierung des BDG sind die Disziplinargesetze der Länder abgedruckt und gegebenenfalls Abweichungen zum BDG kommentiert.

Eine Synopse erschließt die parallelen Paragraphen in Bund und Ländern. Dadurch ist das Werk sowohl im Bund als auch in den Ländern Gewinn bringend einsetzbar. Die für die Arbeit im disziplinarrechtlichen Bereich unverzichtbaren ergänzenden Vorschriften sind ebenfalls alle abgedruckt.

Zusätzlich enthält das Werk verschiedene Mustertexte für Praktiker (z.B. Einleitungs-/Einstellungsverfügung, Ladung, Protokoll, Disziplinarklage) und Schaubilder.

störung). Zum anderen litt er zwischenzeitlich an einer Thrombose im rechten Bein, die allerdings jedenfalls Ende Januar 2011 wieder kuriert war.

Nun hatte der Beamte jedoch während seiner Krankheitsphase nicht nur im Juni 2010 den Ortsverband der „Unabhängigen“ gegründet und dessen Vorsitz übernommen. Vielmehr führte er zwischen dem 14.01.2011 und dem 27.01.2011 acht Wahlkampfveranstaltungen durch, da er sich für das Amt des Bürgermeisters hatte aufstellen lassen. Bei diesen Wahlkampfveranstaltungen hielt er jeweils einen Vortrag und beantwortete schließlich Fragen. Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes hatte daher am 05.11.2011 eine Geldbuße in Höhe von 500,00 € verhängt, da der Beamte gegen seine Pflicht, sich um seine Gesundheit zu bemühen, verstoßen habe. Dieses Verhalten könne das Ansehen des Berufsbeamtentums schädigen. Denn es entstehe der Eindruck, dass der Kläger die Wiederherstellung seiner Dienstfähigkeit durch dienstfremde Tätigkeiten gefährde und der Dienstherr dies hinnehme, ohne dagegen einzuschreiten (vgl. Nachweise bei BVerwG 2A2.12).

Das Widerspruchsverfahren ist ohne Erfolg geblieben.



Produktipp

Weiß / Niedermaier † / Summer / Zängl

Beamtenrecht in Bayern

Mit beamtenrechtlichen Nebengesetzen und Vollzugsvorschriften Praktiker-Kommentar



8.724 Seiten
Loseblattwerk in 6 Ordnern
€ 229,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-8073-0005-4

[\[Mehr Info\]](#)

Das Standardwerk zum Bayerischen Beamtengesetz und Beamtenstatusgesetz

Der gründliche und umfassende Kommentar erläutert die relevanten Vorschriften praxisnah und auf anschauliche Weise.

Ganz neu: Das zum 1.1.2011 in Kraft getretene Leistungslaufbahngesetz, welches unter anderem die laufbahnrechtlichen Vorschriften im Bayerischen Beamtengesetz ablöst, wird umfassend erläutert. Der klare, verständliche Aufbau erleichtert trotz der großen Anzahl neuer Vorschriften, den schnellen Zugang zu dem Gesuchten.

Alle entscheidungserheblichen Vorschriften für den „Bayerischen Beamten“ sind abgedruckt und werden ständig aktualisiert. Das Werk ist ein unerlässlicher Begleiter für Ihre professionelle Beschäftigung mit dem Beamtenrecht.

2. Die Entscheidung

Die hiergegen gerichtete Klage des Beamten hatte – wenn auch nur teilweisen - Erfolg. Das Bundesverwaltungsgericht hat den Ausgangsbescheid in Form des Widerspruchsbescheids geändert und dem Kläger lediglich eine Geldbuße in Höhe von 300,00 € auferlegt. Besondere Beachtung verdient die Begründung der Entscheidung.

2a. Kein Verstoß gegen § 61 Abs. 1 Satz 1 BBG

Nach Überzeugung des Gerichts hat der Beamte hier nicht gegen seine Pflicht aus § 61 Abs. 1 BBG (Pflicht des Beamten zur Gesunderhaltung bzw. zur Wiederherstellung seiner Gesundheit und damit seiner Dienstfähigkeit) verstoßen. Es bedürfe zwar keines konkreten Nachweises, dass das Verhalten den Gesundungsprozess behindert oder verzögert habe. Es genüge zwar: „wenn das beanstandete Verhalten im Krankenstand generell geeignet ist, die Wiedergenesung zu verzögern oder gar zu beeinträchtigen.“ Der Verstoß gegen die Wiedergesundungspflicht muss zudem objektiv erheblich sein. Das ist dann der Fall, wenn eine Verzögerung des Heilungsprozesses ernstlich zu besorgen sein. Da Bundesverwaltungsgericht hat sich sowohl mit der psychischen Erkrankung als auch mit der Thrombose befasst. Hinsichtlich der psychischen Erkrankung „war und ist diese maßgeblich verursacht und gekennzeichnet durch das gestörte Verhältnis des Klägers zu seiner bisherigen Beschäftigungsbehörde“.

Durch die Wahlkampfveranstaltungen waren psychische Probleme nicht zu besorgen. Die dortigen Tätigkeiten hatten keinen Bezug zu der Tätigkeit bei dem Bundesnachrichtendienst. Insofern ist die Parallele zur vorgenannten Arzthelferin offenkundig, die während ihrer Krankheit durchaus an einer Supermarktkasse versehen kann.

Auch im Hinblick auf die festgestellte Thrombose konnte das Bundesverwaltungsgericht keine gesundheitswidrige Verhaltensweise feststellen. Insbesondere die zunächst kritische Anfangsphase einer solchen Erkrankung hatte der Kläger bereits vor Beginn seiner Wahlkampfauftritte gut überstanden.

2b. Verstoß gegen § 61 Abs. 1 Satz 3 BBG

Das Bundesverwaltungsgericht hat aber einen Verstoß gegen die Wohlverhaltenspflicht bejaht. Es kommt maßgeblich darauf an, ob der Beamte ein der öffentlichen Verwaltung ansehensschädigendes Verhalten an den Tag gelegt hat. Da Verhalten muss „ernstliche Zweifel begründen, dass der Beamte seinen dienstli-

chen Auftrag als Sachwalter einer an Recht und Gesetz gebundenen Verwaltung gerecht wird“. Hierbei kommt es auf eine Würdigung der Umstände des Einzelfalls aus Sicht eines verständigen Betrachters, der alle relevanten Umstände des Einzelfalls kennt, an.

Nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts „musste es aus der Sicht eines verständigen Betrachters als widersprüchlich erscheinen, dass der Kläger einerseits seit geraumer Zeit aufgrund ärztlicher Atteste „krankgeschrieben“ war, andererseits gleichwohl ja währenddessen Wahlkampfauftritt bestritt und sich zu traute, im Falle eines Wahlerfolgs sogar die Aufgaben eines hauptamtlichen Bürgermeisters erfüllen zu können.“ Dieser Ansehens- und Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit wird auch nicht hinreichend relativiert dadurch, dass er von seinem passiven Wahlrecht, mithin einer grundgesetzlich verbürgten Position, Gebrauch mache. Dies sei allerdings bei der disziplinarrechtlichen Würdigung seines Verhaltens zu berücksichtigen. Es führt aber nicht zur Unzulässigkeit einer disziplinarrechtlichen Ahndung.

3. Fazit

Die Entscheidung zeigt ein weiteres Mal, dass der Status eines Beamten nicht nur von besonderen Rechten, sondern auch vom besonderen Pflichten getragen ist und das Berufsbeamtentum nicht losgelöst von gesellschaftlichen Kontext und allgemein akzeptierten Anschauungen und Werten.

*Dr. Christian Horvat
Rechtsanwalt*

II. Neues auf Rehmnetz

News: [GEW: „Länder müssen Vorsorge für Lehrkräftenachwuchs treffen!“](#)

News: [dbb erneut zu Einkommensrunde 2014](#)

News: [MV: Gewerkschaft fordert Verbeamtung älterer Lehrer](#)

III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Erkrankung während des Erholungsurlaubs](#)

[Die Gripeschutzimpfung als Dienstunfall](#)

[Das Faktische Beamtenverhältnis – Teil II](#)

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)